

Antragsbereich Y / **Antrag Y01**

**AntragstellerInnen:** Michael Schrodi

**Empfänger:** Kl. Landesparteitag

**Y01: Antifaschismus muss gemeinnützig bleiben!**

Der Parteitag der BayernSPD möge beschließen:

Die BayernSPD wendet sich gegen die diskreditierende Einschätzung der Verfolgten des Naziregimes  
5 – Bund der Antifaschisten VVN-BdA durch das baye-  
rische Innenministerium und fordert die Bayerische  
Staatsregierung auf, die Nennung der VVN-BdA im  
Verfassungsschutzbericht zu beenden und die Be-  
obachtung durch den Verfassungsschutz einzustellen.

10

Die BayernSPD fordert die zuständigen Stellen auf, die  
kürzlich erfolgte Streichung der Gemeinnützigkeit für  
den Bundesverband und den Berliner Landesverband  
der VVN-BdA rückgängig zu machen.

15

**Begründung**

Eine lebendige Demokratie braucht eine aktive Zivil-  
gesellschaft. Wir wollen diese aktive Zivilgesellschaft  
stärken und fördern. Insbesondere das

20

Engagement gegen alte und neue Nazis ist zentraler  
und unverzichtbarer Teil unserer demokratischen  
Kultur. Deshalb muss diese Diskreditierung beendet  
und die Gemeinnützigkeit antifaschistischer Arbeit  
25 wieder hergestellt werden.

In der VVN-BdA haben sich Verfolgte des Naziregimes,

deren Angehörige und Nachkommen sowie Vertreter  
jungerer Generationen zusammengeschlossen. Ziel  
30 der VVN-BdA ist es, die Erinnerung an die Verbrechen  
des Nationalsozialismus wach zu halten, dem Rechts-  
extremismus entgegenzutreten und die Demokratie  
zu stärken. Viele ältere Mitglieder der VVN-BdA haben  
selbst noch Verfolgung und KZ-Haft am eigenen Leib  
35 erfahren müssen. Sie engagieren sich seit Jahren und  
Jahrzehnten als Mahner und Aufklärer vor Schulklas-  
sen, in der Jugend- und Erwachsenenbildung und im  
öffentlichen Diskurs. Dieser Beitrag für eine offene  
und tolerante demokratische Gesellschaft, die sich  
40 klar gegen Rassismus, Antisemitismus und rechts-  
extreme Ansichten einsetzt, kann nicht hoch genug  
geschätzt werden. Diese Zeitzeugen sind gerade für  
dieses Engagement mit höchsten staatlichen Orden  
ausgezeichnet worden.

45 Die Etikettierung der VVN-BdA als „linksextremistisch  
beeinflusst“ stellt eine persönliche Diskreditierung  
der jahrelangen aufopferungsvollen Arbeit dieser  
älteren Mitglieder der Vereinigung dar und wird  
50 ihrem Engagement für eine freiheitliche demo-  
kratische Gesellschaft nicht gerecht. Stichhaltige  
und überzeugende Begründungen für die Etikettie-  
rung der Organisation als linksextremistisch liegen  
nicht vor. Vielmehr begnügt sich das Landesamt  
55 für Verfassungsschutz mit immer wieder stereotyp  
wiederholten bloßen Behauptungen.

Die VVN-BdA wird weder im Bund noch in 15 von 16  
Bundesländern durch die Verfassungsschutzbehör-  
60 den beobachtet. Lediglich der Freistaat Bayern hält  
nach wie vor an der Beobachtung und regelmäßigen

Erwähnung der VVN-BdA in ihren Publikationen als „linksextremistisch beeinflusst“ fest. Dieser bayerische Sonderweg, den Kampf gegen Faschismus und Rassismus zu diskreditieren, statt ihn gerade in Zeiten zu verstärken, in denen Rechtsradikale auch wieder in den Parlamenten sitzen, verurteilen wir auf das Schärfste.

70 Welche weitreichenden Auswirkungen die Nennung der VVN-BdA im Bayerischen Verfassungsschutzberichten hat, zeigt der Entzug der Gemeinnützigkeit der Bundesvereinigung der VVN-BdA durch die Berliner Finanzverwaltung. Dieses hat dem Verein kurzlich die  
75 Gemeinnützigkeit entzogen, weshalb der Vereinigung nach eigenen Angaben hohe Steuernachzahlungen drohen, die existenzgefährdend seien.

Tatsache ist: Dort, wo sich die bayerischen Bürgerinnen und Bürger in ihren Städten und Gemeinden gegen rechtsextreme Umtriebe zur Wehr setzen müssen, ist die VVN-BdA anerkannter Partner in Bündnissen und Initiativen. Bei der Schaffung von Gedenkorten an Orten des Naziterrors sowie die  
85 Entwicklung einer Gedenkkultur spiele die VVN-BdA seit jeher eine zentrale Rolle.